

Die linke Zeitung für Mittelsachsen

Im Internet direkt unter: www.linksworte-mittelsachsen.de
oder über die Seite des Kreisverbandes: www.dielinke-mittelsachsen.de

Mittelsächsische LinksWorte

12. DEZEMBER 2018

NR. 136

12. JAHRGANG



Und wieder ist ein Jahr Geschichte! Es war ein Jahr, welches von einer immer unsicherer werdenden Welt geprägt ist. Jetzt geht der Blick - im großen wie im kleinen - in das Jahr 2019. Ein weiteres Jahr mit dem Welt-Unruhe-Stifter Trump als Amerikas Präsident und auch ein Jahr mit der Wahl eines neuen europäischen Parlaments. Der mittelsächsische Kreisverband der LINKEN blickt vor allem voraus auf die Ende Mai stattfindenden Wahlen in den mittelsächsischen Kreistag und die Kommunalparlamente in den Städten und Gemeinden. In der Bundespartei und im Landesverband Sachsen der LINKEN werden thematische Schwerpunkte debattiert. Wir berichten darüber.

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. debattiert:

**DIE LINKE UND IHRE THEMatischen
SCHWERPUNKTE**

2. informiert:

**DIE KREISTAGSFRAKTION DER LINKEN
ÜBER DEN KREISTAG VOM 5. DEZEMBER**

3. analysiert:

**100. JAHRESTAG DER GRÜNDUNG DER
KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS**

2	editorial & standpunkt
3	kolumne & kurzberichte in wort und bild
4/5	titelthema 1: migrationsgipfel und mitgliederentscheid
6/7	titelthema 2: die linksfraktion zum kreistag vom 5. dezember
8	titelthema 3: erklärung zum 100. jahrestag der gründung der kpd
9	kurzberichte in wort und bild
10	unsere serie zur politischen bildung - beitrag -40 -: die gegenrevolution 1918/1919
11	kreisvorstand & glückwünsche
12	termine & trauer & querbeet

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2018 neigt sich seinem Ende zu. Doch bevor - hoffentlich - in den kommenden Tagen etwas Weihnachtsfrieden und -ruhe einziehen, hat sich bei der LINKEN im Bund und in Sachsen einiges getan. So fand am 30. November der seit langem angekündigte „Migrationsgipfel“ der LINKEN statt. In seinem Ergebnis wurde eine gemeinsame Erklärung der Partei- und Fraktionsvorsitzenden veröffentlicht. Das „neue deutschland“ stellte den Bericht über die mit Spannung erwartete Beratung unter die Überschrift „Kein Scherbengericht“. Wir veröffentlichen auf Seite -4- den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung und den nebenstehenden Standpunkt unserer Kreisvorsitzenden Marika Tändler-Walenta über die Beratung, an welcher sie als Mitglied des Parteivorstandes aktiv teilnahm. Im Landesverband Sachsen wurde der Mitgliederentscheid zum Spitzenkandidaten und die programmatischen Schwerpunkte für die Landtagswahlen abgeschlossen. Wir informieren auf Seite -5- über die Ergebnisse. Über diese und die Konsequenzen daraus hat am 8. Dezember (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) ein Landesparteitag in Radebeul beraten. Über die Ergebnisse der Sitzung des Kreisvorstandes im November berichten wir - wie immer - auf Seite -11-. Der mittelsächsische Kreistag kam am 5. Dezember zu seiner letzten Sitzung im Jahr 2019 zusammen. Die umfangreiche Beratung umfasste 28 Tagesordnungs-Punkte, darunter auch zwei Anträge der Linksfraktion. Wir berichten auf den Seiten -6- und -7- ausführlich aus der Sicht der Kreistagsfraktion der LINKEN. Mehrfach wird in dieser Ausgabe der Blick auf die Ereignisse in der Zeitspanne von 1918 bis 1938 gerichtet. Wir schließen sie mit dem dritten Teil der Veröffentlichung der Erklärung der Historischen Kommission zum 100. Jahrestag der Gründung der KPD mit der Analyse der Jahre nach 1928 ab. Im Mittelpunkt dabei die Rolle der KPD in den letzten fünf Jahren vor dem Machtantritt des Hitlerfaschismus Anfang 1933. Fünf Jahre später inszenierten die Nazis die sogenannten November-Programme. Wir informieren über das Gedenken an die Schreckensherrschaft des Hitlerfaschismus in Freiberg und Hainichen. Achim Grunke widmet den 40. Beitrag unserer Serie zur politischen Bildung und Information der Gegenrevolution um die Jahreswende von 1918/1919, die schließlich in die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mündet. Auf Seite -12- geben wir einen Zwischenstand zum Volksantrag des Aktionsbündnisses „länger gemeinsam lernen“. Kurzberichte in Wort und Bild widmen sich dem traditionellen Vorlesetag, an welchem unsere Landtagsabgeordnete Jana Pinka seit Jahren aktiv teilnimmt sowie Besuchen des Willy-Brand-Forums und des zeithistorischen Forums in Leipzig. Auch für diese letzte Ausgabe des Jahres 2018 wünschen wir unseren Leserinnen und Lesern eine interessante und anregende Lektüre.

MARIKA TÄNDLER-WALENTA zum „migrationsgipfel“ der linken

Alle ca. 100 Beteiligten aus Parteivorstand und Fraktion waren sichtlich angespannt. Denn zuvor gab es im Rahmen des UN-Migrationspaktes eine Abstimmung im Deutschen Bundestag, die zu erheblichen Differenzen in der Fraktion geführt hatte. Insgesamt gab es bei der Abstimmung elf Enthaltungen. Zuvor gab es Kompromissangebote und Verhandlungen mit Gregor Gysi als Moderator. Im Nachgang war ein erheblicher Teil der Fraktion der Meinung, dass dies nun zur Spaltung führen würde. Da ich bereits am Tag vor der Beratung im Bundestag tätig war, habe ich die Anspannung vor diesem Treffen spüren können. Es war eine inhaltliche Debatte, die mit Niveau und Respekt geführt wurde, aber auch in aller Deutlichkeit. Es gab kritische Stimmen in Richtung Sarah, es gab konkrete Vorschläge und es gab eine sachliche Debatte. Ich hatte das Glück, das Schlusswort zu haben und war mir an dieser Stelle meiner Verantwortung bewusst. Aufgrund meiner Biographie und meiner beruflichen Erfahrung bei Lothar Bisky und nun bei Gregor Gysi wusste ich, dass nun versöhnliche Worte angebracht waren. In diesem Zusammenhang konnte ich an einem gemeinsamen Nenner aller anknüpfen. Jeder von den Teilnehmenden hat sich bewusst an irgendeinem Punkt und mit durchaus unterschiedlichen Motiven für diese Partei entschieden. Das eint uns ungemein. Ich persönlich komme nicht aus einer politischen Familie, ich bin auf einem Bauernhof in Mittelsachsen aufgewachsen und musste mir meine berufliche Stellung hart erarbeiten. Als erste in meiner Familie war es mir möglich zu studieren und mein Diplom an der Universität in Leipzig zu machen, wobei ich nebenbei im Supermarkt oder als Haushalthilfe tätig war. In den 90ern war der Nachhauseweg in Mittelsachsen für linksorientierte Jugendliche immer eine Gefahr. Nachdem ich wirklich unschöne Erfahrungen mit rechten Übergriffen auf meine Freunde und mich gemacht habe, habe ich mich entschieden in diese Partei einzutreten, weil ich diese Verhältnisse bekämpfen wollte. Und wenn ich jetzt nach Sachsen schaue, bekomme ich Angst. Ich habe keine Angst vor Flüchtlingen oder Arbeitsmigration, sondern ich habe Angst vor diesen Rechtsruck. Die AfD bekommt die Hälfte aller Direktwahlkreise und wird in einigen Prognosen sogar als Mehrheitsführerin gesehen. Dass wird Auswirkungen auf uns alle haben, auf Verbände und Vereine die im zivilgesellschaftlichen Bereich tätig sind, aber auch auf uns als Partei. Aus diesen Beweggründen sehe ich nicht einfach zu wie sich diese Partei spaltet, dass sind wir den vielen Genossinnen und Genossen schuldig, die diese Partei zudem gemacht haben was wir sind. Eine Partei, die es geschafft hat aus den Irrungen und Wirrungen der Nachwendzeit mit einem sozialistischen Programm im Deutschen Bundestag vertreten zu sein und in einzelnen Bundesländern in Regierungsverantwortung ist. Dies kann selbstverständlich auch kritisch bewertet werden, aber alle Differenzen müssen und sollten wir aushalten. Mein Eindruck der Sitzung war, dass alle an einer Lösung im Sinne der Partei interessiert sind, aber alle zusammen damit auch etwas überfordert scheinen. Was mir gegenwärtig fehlt und das habe ich auch in aller Deutlichkeit gesagt, ist ein Brückenbauer. Eine integrative Kraft wie es einst Bisky war. Wir sollten alle gemeinsam Verantwortung übernehmen und uns über die eigenen Interessen hinaus bewusst sein, dass unser Handeln und auch Nichthandeln Konsequenzen haben wird.

Die nächste gedruckte Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am **Mittwoch, dem 30. Januar 2019. Redaktionsschluss** ist am **Mittwoch, dem 23. Januar**. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag.
Geldspenden sind unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen
IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10
BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht.
Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:



Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
Redaktion „LinksWorte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
e-mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Robert Sobolewski, Marika Tändler-Walenta, Kerstin Ufer, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout und Satz: A • Bi • Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23 b
09557 Flöha/OT Falkenau

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ findet man direkt oder über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Archiv mit allen seit September 2007 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

auf seite - drei -
- immer konsequent links -

unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag

Die Sozialdemokraten schämen sich für HARTZ 4 und meinen, dies sei die Ursache für den Absturz der SPD. Die neue Vorsitzende, bekannt für markige Sprüche mit „in die Fresse“ und so, hat's zwar mit der Kraft des Wortes. Doch wie steht mit der Kraft des Geistes? Nämlich wäre zu überlegen, was denkt Frau und Herr Mustermann und deren Großfamilie. Frau und Herr Mustermann bringen heutzutage frühmorgens ihre Kinder in Krippe, Kindergarten oder in die Schule. Sie sind pünktlich an ihrem Arbeitsplatz. Unterwegs begegnen ihnen wieder häufiger Schilder und beschriftete Autos mit einem „Wir suchen Sie!“. Ich glaube kaum, daß Herr und Frau Mustermann Verständnis dafür aufbringen, daß jemand sich nicht aus eigenem Antrieb darum kümmert, aus eigener Kraft sein Auskommen finden zu wollen. Dies von jedem zu verlangen, empfinden die Leute als sozial gerecht. Und somit empfinden es die Leute auch als sozial gerecht, daß jemandem, der die Hilfestellung der Gesellschaft über das Arbeitsamt ignoriert, Sanktionen drohen. Schließlich kommt das verteilte Geld von Herrn und Frau Mustermann, die ein „geordnetes“ Leben führen. So dürften auch die denken, die arbeiten gehen wie Herr und Frau Mustermann, bei denen aber in der Lohntüte nicht genug drin ist, um davon auskömmlich leben zu können. Dahinter steckt wohl der Gedanke: „Jeder nach seinen Fähigkeiten und jedem nach seiner Leistung.“

An dieser Stelle sollte Frau Nahles anfangen zu denken. Nämlich – diese Gesellschaft ist nicht gerecht. „Jeder nach seinen Fähigkeiten“ – das ist die Verpflichtung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft, in der er lebt. „Jedem nach seiner Leistung“ – das ist die Verpflichtung der Gesellschaft dem Einzelnen gegenüber. Nun weiß jeder, so ist es eben nicht. Jeder muß nach seinen Fähigkeiten, aber einige bekommen alles. Die politischen Ahnen der Frau Nahles haben dies im „Kommunistischen Manifest“ schon formuliert. Gesellschaftlichen Fortschritt gibt es eben nur dann, wenn dieser Grundwiderspruch des Kapitalismus Schritt um Schritt aufgelöst wird. Und dies ist Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei. Die Wahlergebnisse der SPD sind dabei von untergeordneter Bedeutung.

„... es kömmt darauf an, sie zu verändern!“ – nämlich die Gesellschaft hin zu einer gerechteren. So sollte die Gesellschaft alles bekommen und nach Leistung verteilen, auch dem erfolgreichen Chef eines weltmarktführenden Unternehmens. Diesem kann man nach seinen Bedürfnissen, wenn es nicht Profimannschaften und Fußball-Stadien sind, zuteilen. Er ist es wert. Aber nicht die Habgier-Finanz-Spekulanten, die aus abgelaufenen Lotoscheinen „Wertpapiere“ machen. Blackrock-Merz ist einer aus dieser Kategorie. Eine gerechtere Gesellschaft durchzusetzen, bedarf einer SPD mit Kraft und eines wie auch immer geführten Klassenkampfes. (mm)

vorlesetag: „1000 gefahren“ begeistern die jungen zuhörer

Zum nunmehr 9. Mal beteiligte sich MdL Dr. Jana Pinka am bundesweiten Vorlesetag, musste den Termin allerdings vom 16. auf den 12. November vorverlegen. Erstmals war die Sächsische Landes- und Freiburger Kommunalpolitikerin aus diesem Anlass Gast in der Freiburger Grundschule „Carl Böhme“. Zwei mal 24 Schülerinnen und Schüler der 4. Klassen hatten die Möglichkeit, sich den Vorlesestoff selbst auszusuchen. Zur Auswahl standen verschiedene Märchen und Geschichten. Das fast einstimmige Votum fiel, wie bei



den meisten Mädchen und Jungen der Vorjahre, auf die Fantasy-Erzählung „Gefährliche Verwandlung“ von Laban Carrick aus der Reihe „1000 Gefahren“. Da die Kinder an den entscheidenden Stellen des Buches selbst bestimmen können, wie die Geschich-

te weitergehen soll, weiß auch die Vorleserin meist nicht im Voraus, ob diese Entscheidung das vorzeitige Ende des Abenteuers oder dessen Fortgang mit oder ohne Happyend bewirkt. Wichtig ist Jana Pinka aber immer, dass die jeweilige Entscheidung demo-

kratisch herbeigeführt und dann von allen akzeptiert wird. Und gerade das machte den Kindern besonders viel Spaß.

Bereits seit 15 Jahren wird dieses größte Vorlesefest Deutschlands von DIE ZEIT sowie den Stiftungen Lesen und Deutsche Bahn initiiert. „Dafür vielen Dank, denn

Vorlesen ist für die Erziehung, Bildung, und Kommunikation gerade im Zeitalter des Internets von großer Bedeutung. Lesen bildet, Lesen fördert die Meinungsbildung, Lesen beeinflusst das soziale Verhalten“, begründet Jana Pinka ihre traditionelle Teilnahme am Vorlesetag. (ku)

„bruchstücke“ - erinnerung an die novemberpogrome vor 80 jahren in sachsen

Am Standort des heutigen Beruflichen Schulzentrum (BSZ) „Julius Weisbach“ am Freiburger Schachtweg befand sich von August 1944 bis April 1945 eine von 60 Außenstellen des KZ Flossenbürg. An diesem geschichtsträchtigen Ort wurde am 9. November 2018 die Ausstellung „Bruchstücke“ eröffnet. MdL Dr. Jana Pinka sowie weiteren Mitgliedern der Freiburger LINKEN Stadt- und Mittelsächsischen Kreistagsfraktion war es ein großes Bedürfnis, auf Einladung des Landrates dabei sein zu können. Die Ausstellung und das im Rahmen dieses Projekts entstandene Buch von Daniel



Die Landtagsabgeordnete der mittelsächsischen LINKEN, JANA PINKA, ist von der Ausstellung „Bruchstücke“ tief bewegt.

Ristau erinnern an die Ereignisse der Novemberpogrome in Sachsen und auf einer Tafel speziell an die Geschehnisse in Freiberg vor 80 Jahren. Mit Originalfotografien, Texten, Bildern und Zeitzeugenberichten werden „bruchstückhaft“ die Verfolgung, die Leiden, die Demütigungen, die Gewalt und die Verhaftungen, die die jüdischen Menschen in diesen grausamen Tagen des Jahres 1938 durch die Nationalsozialisten erdulden mussten, dokumentiert. Dabei wird sowohl auf die Op-

fer, aber auch auf die wenigen mutigen Helferinnen und Helfer sowie auf die Grausamkeiten der Täter Bezug genommen.

„Bruchstücke“ ist ein Projekt des HATIKA e.V. Dresden in Kooperation mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Die Ausstellung besteht aus drei Teilen und wird parallel auch in Dresden und Leipzig einer breiten Öffentlichkeit präsentiert. MdL Dr. Jana Pinka

zur Ausstellung: „Ich finde, die Schau ist mehr als nur Erinnerung an die Verfolgung und Vernichtung der Juden in der Zeit des Nationalsozialismus. Sie macht ebenso die Bedeutung einer solchen Erinnerungskul-

tur in der gegenwärtigen Zeit deutlich – in der vor allem auch in Sachsen zunehmend Demokratiefreundlichkeit, Hetze, Gewalt, Verleumdung, Rassismus, Antisemitismus, Ausländerhass und Sexismus auf der Tagesordnung stehen. Uns muss es jetzt gelingen, jeglichen Formen der Diskriminierung von Menschen entgegenzutreten. Viele sahen damals tatenlos zu, liefen mit oder schauten weg. Tun wir jetzt alles dafür, damit sich die Geschichte nicht wiederholen kann.“ (ku)

erklärung von partei- und fraktionsvorstand zu flucht und migration



"Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft"

Gemeinsame Erklärung der Partei- und Fraktionsvorsitzenden anlässlich der Tagung des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion zum Thema "Flucht und Migration" am 30. November 2018.

Auf Grundlage des Wahlprogramms der LINKEN zur Bundestagswahl 2017 und des Beschlusses „Partei in Bewegung“ auf der 1. Tagung des 6. Parteitag der Partei DIE LINKE vom 8. bis 10. Juni 2018 in Leipzig stellen wir fest:

Flucht und Vertreibungen sind ein globales Phänomen und eine direkte Folge von Kriegen, Gewalt und politischer Verfolgung, von Hunger- und Klimakatastrophen. Die aktuelle Debatte u.a. in Deutschland zeigt, wie weit es der Rechten gelungen ist, die gesellschaftlichen Herausforderungen der Flucht- und Migrationsfrage zu besetzen. Die rechtspopulistischen Nationalisten verknüpfen gezielt soziale Ungerechtigkeiten mit rassistischen Parolen für ihren chauvinistischen Kulturkampf, sie spalten die Gesellschaft und vergiften den demokratischen Zusammenhalt. Flucht und Migration sind emotionale und zugleich hoch politische Themen, denn es geht hier nicht nur um Menschen, die zu uns kommen, sondern auch um die Frage, wie wir leben wollen. Denn der Kampf um den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist eine Wesensfrage unserer Demokratie selbst. DIE LINKE hat den Auftrag, diese gesellschaftliche Debatte verantwortungsvoll zu führen.

Wir halten deshalb gemeinsam fest:

1. Niemand flüchtet freiwillig

Jede Flucht ist ein Versuch, sich in eine bessere Zukunft zu retten. Flüchtlinge sind die Botschafter der Ungerechtigkeiten, der Kriege und anderer Gewaltverhältnisse, einer ungerechten Handelspolitik, von Waffenlieferungen, diktatorischen Regimen und Verfolgung. Menschen, die um ihr Leben kämpfen, die Hand zu reichen, ist für uns LINKE selbstverständlich. Der Schutz von Geflüchteten und die Wahrung ihrer Menschenwürde müssen an erster Stelle stehen. Anstatt die

Flüchtlingsabwehr weiter auszudehnen, müssen legale und gefahrenfreie Wege nach Europa eröffnet werden. Seenotrettungen dürfen nicht weiter kriminalisiert werden. Wir treten dafür ein, die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention uneingeschränkt gelten zu lassen und die UN-Kinderrechtskonvention vollständig umzusetzen.

2. Asyl ist ein Grundrecht

Im Gegensatz zu allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien haben wir als DIE LINKE jede Einschränkung des Asylrechts geschlossen abgelehnt. Denn das Recht auf Schutz und Asyl ist eine zivilisatorische Errungenschaft. Insbesondere nach dem Schrecken des 2. Weltkrieges stehen wir unbeirrt für Asyl als Grundrecht. Es ist mittlerweile normal geworden, Asyl nicht mehr als Grundrecht zu verteidigen. Wir wollen dagegen das Grundrecht auf Asyl vollständig wiederherstellen. Wir fordern, dass der Zugang zum individuellen Asylrecht in Europa erhalten bleibt und lehnen jede automatische Rückführungsregelung in Transitländer bzw. „Drittstaaten“ ab. Der EU-Türkei-Deal und jede weitere Zusammenarbeit mit Diktaturen und Unrechtsregimen zur „Migrationskontrolle“ sind sofort zu beenden. Das Konstrukt der "sicheren Herkunftsstaaten" darf nicht ausgeweitet werden. Es gehört abgeschafft.

3. Fluchtursachen bekämpfen

Um Fluchtursachen weltweit nachhaltig bekämpfen zu können, brauchen wir den Mut und den Realismus einer strukturverändernden Globalpolitik. Das geht nicht ohne einen echten Paradigmenwechsel in der Außen- und Sicherheitspolitik. Die Interventionskriege mit ihren katastrophalen Folgen für die Stabilität in ganzen Regionen müssen sofort beendet werden. Aber auch in der Klima- und Außenwirtschaftspolitik

sowie in den internationalen Handelsbeziehungen und der Entwicklungshilfe muss es einen grundlegenden Wandel geben. Bereits 1970 hatten die Länder des globalen Nordens zugesagt, 0,7% ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für die Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Angesichts der globalen Krisen und Notlagen bedarf es zugleich einer menschenwürdigen Versorgung auf, sich im Rahmen der zweijährigen Mitgliedschaft Deutschlands im UN-Sicherheitsrat für verbindliche Pflichtbeitragsumlagen für das UNHCR einzusetzen, damit eine umfassende Hilfe- und Versorgungsleistung der UN-Hilfswerke für Flüchtlinge künftig garantiert werden kann.

4. Rechte für Arbeitsmigrant*innen

Arbeitsmigration ist eine globale Realität. Nach Schätzung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind mehr als 150 Millionen Menschen Arbeitsmigrant*innen. Arbeitsmigration bzw. wirtschaftlich bedingte Flucht oder Migration sind eine individuelle Antwort auf die bestehende globale Ungleichheit. Es sind Reaktionen auf die Weigerung der reichen Länder, durch faire Handelsbeziehungen und Einkommensverteilung eine gerechte globale Entwicklung zu ermöglichen. Dem Bestreben internationaler Konzerne, sich die Arbeitsmigration zu Nutze zu machen, um die Arbeitskraft billig zu halten, gewerkschaftliche Mindeststandards zu unterlaufen und die Arbeitenden selbst zu entrechten, erteilen wir eine klare Absage.

Wir begrüßen, dass die Vereinten Nationen mit dem UN-Migrationspakt Flucht und Migration als globales Problem anerkennen und unterstützen grundsätzlich alles Bestreben, die Rechte von Geflüchteten und Arbeitsmigrant*innen zu stärken. Gleichzeitig bilden sich in der Vereinbarung die derzeitigen Weltungleichverhältnisse ab. So haben sich die Interessen der Wirtschaftsverbände und des reichen Westens gegen die Interessen der südlichen Halbkugel durchsetzen können, sodass die Ursachen für Flucht und Migration weiterhin unangetastet bleiben werden. Das zeigt sich unter anderem an der Auslegung der Bundesregierung, die mit dem Pakt effektivere Grenzkontrollen und Abschiebungen rechtfertigt und Arbeitsmigration aus national-ökonomischem Interesse vorantreibt. Die LINKE kritisiert, dass in dem Pakt die Rechte der Migrant*innen und die Verpflichtungen der Staaten nicht einklagbar sind und die Folgeerscheinungen der Migration wie z.B. „Brain

Drain“ unzureichend thematisiert werden.

Deutschland sollte als Land mit dem weltweit größten Überschuss im Warenhandel und Kapitalverkehr stattdessen aktiv für die Rechtsverbindlichkeit des internationalen ILO-Übereinkommens zum Schutz der globalen Wanderarbeitnehmer*innen einsetzen. Zum Ausgleich der mit der globalen Arbeits- und Fachkräftemigration in Industrieländern einhergehenden Gefahr der Abwanderung und des Abwerbens hochqualifizierter Fachkräfte aus den ärmeren Herkunftsländern schlagen wir die Schaffung eines multinationalen Kompensationsfonds vor, der aus einer globalen Finanztransaktionssteuer finanziert werden könnte. Ein solcher Kompensationsfonds könnte für Bildungsinvestitionen wie zur Bekämpfung der Armut und von Klimafolgeschäden im globalen Süden genutzt werden. Unmittelbar fordern wir, dass die globalen Rekrutierungsagenturen für Arbeitsmigration nur noch lizenziert arbeiten dürfen, ihre Gebühren und Verträge müssen transparent sein und Anwerbegebühren von Arbeitgebern getragen werden.

Das Thema Arbeitsmigration wird auch innerhalb unserer Partei intensiv diskutiert. Bei diesen Diskussionen, ob und wie Arbeitsmigration reguliert und beschränkt werden soll und wie Einwanderung gestaltet werden kann, wollen wir als LINKE die sozialen Grundrechte der Betroffenen schützen und ermöglichen.

5. Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft

Europa ist längst ein Kontinent der Einwanderung wie Deutschland eine Einwanderungsgesellschaft ist. Die individuelle Entscheidung zur Auswanderung ist gepiekt durch die Hoffnung auf ein besseres Leben. Zugleich ist Migration nicht selten mit hohen menschlichen Entbehrungen, traumatischen Fluchterfahrungen und oftmals auch erniedrigenden Erfahrungen in den Ankunftsländern verbunden. Als DIE LINKE streiten wir für eine demokratische Migrations- und Integrationspolitik, die die Freiheit und Würde der Einzelnen schützt und die soziale Sicherheit und das Recht auf politische und kulturelle Teilhabe aller garantiert. Wir lehnen eine Migrations- und Integrationspolitik ab, die Menschen allein danach einstuft, inwieweit sie ökonomisch nutz- und verwertbar sind.

6. Soziale Sicherheiten für alle

Als demokratische Sozialist*innen stehen wir für soziale Sicherheiten und gleiche Rechte für alle. Lohndumping und Schwarzarbeit lassen sich nur durch sozialstaatliche Standards und flächendeckende Tarifverträge wirksam bekämpfen. Migrant*innen und Geflüchtete dürfen

nicht in prekäre Arbeitsverhältnisse mit geringen Rechten gezwungen werden.

Gemeinsam mit Migrant*innen kämpfen wir für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Deshalb fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro für alle in Deutschland arbeitenden Menschen. Wir setzen uns auch für eine soziale Offensive für alle ein und fordern ein besseres Leben der Mehrheit der Bevölkerung durch Investitionen in bezahlbares Wohnen, Schulen und Kitas (besonders in sozial benachteiligten Stadtteilen) und in die Infrastruktur der Kommunen.

7. Gemeinsam gegen jede Form des Rassismus

Rassismus findet unabhängig von Flucht und Migration statt und betrifft auch viele, die in Deutschland geboren wurden und täglich diskriminiert werden. Wir erleben nicht nur eine Verrohung der Sprache und verbale Angriffe auf demokratische und emanzipatorische Werte, sondern erfahren auch im Alltag, wie die Gefahr der physischen Gewalt von rechts wächst. Rassismus gibt es in den Institutionen und er ist zugleich ein gesellschaftliches Problem, das auf dem Boden sozialer Ungerechtigkeit in den letzten Jahren zunehmend an Akzeptanz gewonnen hat. Als antifaschistische Partei engagiert sich DIE LINKE in vielfältigen, zivilgesellschaftlichen Bündnissen gegen Antisemitismus, gegen jede andere Form von Rassismus und den autoritären Rechtstrend.

Wir begrüßen alle sozialen Bewegungen, die dem Kulturkampf von rechts etwas entgegensetzen. Für diejenigen, die hier geboren sind und schon lange hier leben, aber auch für jene, die zu uns kamen oder auf der Flucht sind, gilt unser Grundgesetz im umfänglichen Sinn, denn:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“.



ergebnis Spitzenkandidat

RICO GEBHARDT (auf unserem Bild während einer Debatte im Ortsverband Flöha) wurde mit 88.7 % der gültigen Stimmen im ersten Mitgliederentscheid dieser Art zum Spitzenkandidaten der sächsischen LINKEN zur Landtagswahl nominiert. Die offizielle Nominierung erfolgt auf dem Landesparteitag am 8. Dezember in Radebeul (nach Redaktionsschluss)



ergebnisse themenschwerpunkte

In einer zweiten Mitgliederbefragung konnte man aus 15 zur Auswahl gestellten Thesen (diese konnten durch Bewertungen zwischen 1 („ist mir besonders wichtig“) und 5 („ist mir gar nicht wichtig“) bewertet werden) seine Favoriten bestimmen. Auf diesem Weg landeten die folgenden acht programmatischen Schwerpunkte für die Landtagswahl auf den ersten Plätzen.

- **Platz 1**, These 15: Wir stehen für einen konsequenten Kampf gegen menschenverachtende Ideologien, für ein weltoffenes und humanitäres Sachsen.
- **Platz 2**, These 5: Wir setzen uns für eine nachhaltige Verbesserung der Betreuung von Pflegebedürftigen und eine flächendeckende Ärzterversorgung auf allen Ebenen ein.
- **Platz 3**, These 4: Wir kämpfen konsequent gegen Altersarmut!
- **Platz 4**, These 9: Wir gestalten Stadt für alle statt für Profite: Wohnen muss überall bezahlbar sein!
- **Platz 5**, These 13: Wir set-

zen uns ein für gleiche Rechte, gleichen Lohn und Mitbestimmung für alle Menschen!

- **Platz 6**, These 10: Wir stehen dafür, das Billiglohnland Sachsen zu überwinden. Wir fordern einen höheren Mindestlohn und bessere Tarifverträge.
- **Platz 7**, These 6: Wir wollen eine inklusive Bildung ohne soziale, finanzielle, räumliche und bauliche Barrieren – wer sich bilden will, muss dies ermöglicht bekommen.
- **Platz 8**, These 2: Wir wollen den Klimawandel stoppen! Für eine ökologische und nachhaltige Politik.

Nicht unter den Favoriten landeten die sieben übrigen Thesen, u.a. kostenloser Nahverkehr, mehr Bürgerbeteiligung und stärkere kommunale Selbstverwaltung.

An den beiden Befragungen nahmen ca. 52% der 7757 „erreichbaren und abstimmungsfähigen Parteimitglieder teil.

Auch diese acht bestätigten programmatischen Schwerpunkte wurden auf dem Landesparteitag in Radebeul (nach Redaktionsschluss) beraten.

Vom 9.-11. November 2018 fand in Bilbao (Spanien) das Europäische Forum für progressive, ökologische und linke Kräfte statt. Dabei kamen über 400 Teilnehmer aus 120 Parteien, Gewerkschaften, Stiftungen, NGOs und Bewegungen zusammen, um über verschiedene Themen wie Migration, sozial-ökologische Transformation, Strategien gegen den Rechtsruck in Europa und über feministische Kämpfe zu diskutieren.

Dieses Forum soll ein Treffpunkt für Vertreter linker und ökologischer Parteien sowie von Gewerkschaften und sozialen Organisationen sein. Ziel ist es, die vielen Kräfte, die in Europa kämpfen und sich wehren, zu vereinen, um eine gemeinsame Zukunft des Friedens und des sozialen, ökologischen und demokratischen Fortschritts in einem fairen und integrativen Europa wieder aufzubauen.

In der Abschlusserklärung wurde sich darauf verständigt die Zusammenarbeit fortzusetzen und zudem eine Charta für souveräne Demokratie in Europa zu fordern.

Unsere Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta nahm in ihrer Funktion als Pressesprecherin von Gregor Gysi, Präsident der Europäischen Linken, an diesem Forum teil.

wir berichten von der sitzung des kreistages vom 5. dezember

Der Umfang der Kreistagssitzung hat mit 30 Tagesordnungspunkten eine Dimension erreicht, die für eine ehrenamtliche Arbeit schon sehr grenzwertig ist. Viele Kreisräte stehen noch im Berufsleben und hatten neben dem Arbeitstag noch eine 7,5-stündige Sitzung zu bewältigen. Immer wieder hat unsere Fraktion einen 5. Kreistag im Jahr gefordert, was auch immer von der CDU-Mehrheit abgelehnt wurde.

kreishaushalt 2019 – 2020

Nachdem es im letzten Jahr einige Einwände unserer Städte und Gemeinden wegen unzureichender Beteiligung am Kreishaushalt gegeben hat, reagierte die Landkreisverwaltung. Erstmals wurde der Haushaltsplanentwurf allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden zugesandt und um Stellungnahme gebeten. Von den 53 kreisangehörigen Städten und Gemeinden kamen jedoch nur 22 Rückmeldungen. Diese geringe Beteiligung finden wir schon sehr schlecht. Denn aus allen Teilen unseres Landkreises hört man immer nur Kritik, was die Höhe der Kreisumlage betrifft. Macht sich hier Resignation breit oder welche Gründe gibt es sonst? Da uns die Landkreisverwaltung nicht die 22 Städte und Gemeinden namentlich nennen will, erfolgt hier unser Aufruf. Fragt doch mal Eure BürgermeisterInnen. Bei der Diskussion um den eigenen Gemeindehaushalt, kann man das doch sicherlich gut mit einbringen.

Die Höhe der Kreisumlage beträgt seit einigen Jahren 31,65%. Im Planentwurf war noch der gleiche prozentuale Wert vorgesehen. Da sich jedoch die Steuerkraftmesszahl in den Städten und Gemeinde erhöht hat, hätte das zur Folge gehabt, dass der totale Wert der Kreisumlage enorm gestiegen wäre. „Auf Grund höherer als bisher prognostizierten Umlagegrundlagen zur Kreisumlage für 2019 und 2020 und unter Berücksichtigung der finanziellen Situation zahlreicher Städte und Gemeinden des Landkreises haben sich der Kreisvorstand des Sächsischen Städte- und Gemeindetages sowie die Landkreisverwaltung am 25. Oktober 2018 nach intensiver Beratung darauf verständigt, den bisherigen Umlagesatz zur Kreisumlage von 31,65 v.H. auf 30,5 v.H. für beide Haushaltsjahre zu reduzieren. Damit erfolgt eine deutliche Erhöhung der gemeindlichen allgemeinen Deckungsmittel.“ Auszug aus der Begründung zur Vorlage der Verwaltung

Wie sich die Kreisumlage entwickelt hat, kann man an Hand der folgenden Übersichten erkennen.

Einer unserer Kritikpunkte ist die Entwicklung des Personals. Gab es im letzten Jahr schon eine Stellenmehrung von fast 30 VzÄ (inkl. Schulsozialarbeiter, finanziert aus Landesmitteln), so will das Landkreisverwaltung ihr Personal für 2019 auch schon wieder um 17,7 Stellen erhöhen. Besonders stören uns die geplanten Erhöhungen in den Bereichen Interner Service + 2,5 VzÄ und Organisation und Personal + 3,5

VzÄ. Diese sechs Stellen arbeiten nur intern für die Verwaltung. Für Mehraufgaben im Bereich der Umsetzung der ILE-Richtlinien (Integrierte ländliche Entwicklung) werden 8 VzÄ mehr benötigt, obwohl die Förderperiode 2020 endet. Diese Entwicklung ist „ungesund“. Unser Fraktionsvorsitzender Gottfried Jubelt ging für die Fraktion in die Diskussion. Gut war auch der Diskussionsbeitrag der Freien Wähler, vorgetragen von Lars Naumann. Er hat zunehmende Aufgaben verteilt von EU, Bund und Land ohne die komplette Durchfinanzierung als Hauptgrund angebracht. Der Landkreis reicht diese Kosten einfach über die Kreisumlage an die Städte und Gemeinden weiter. Dadurch hat sich der totale Wert der Kreisumlage seit der Kreisgebietsreform fast verdoppelt. Das ist die versprochenen Entlastung der Städte und Gemeinden. Der Haushalt wurde trotzdem mit 66 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

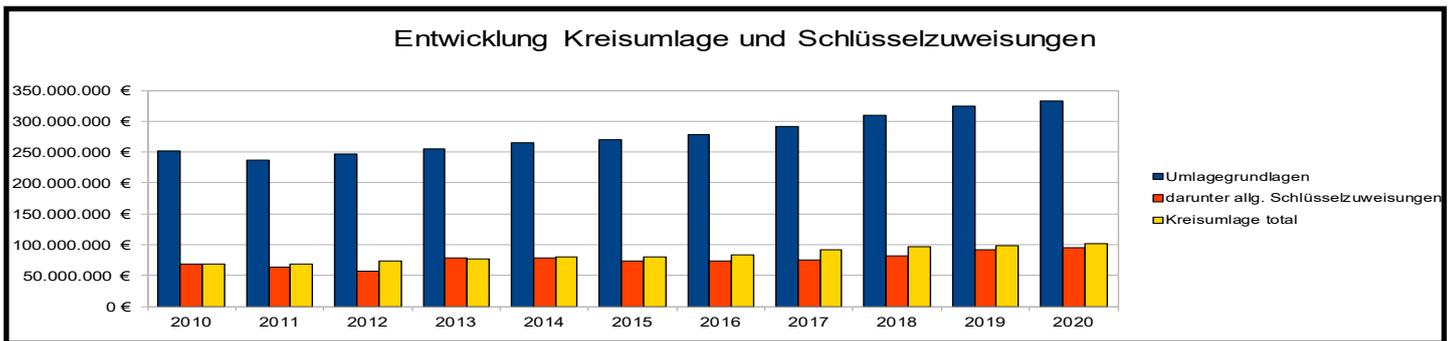
jahresabschluss des jahres 2014

Eigentlich hätte der Jahresabschluss 2014 bereits vor drei Jahren vorliegen müssen. Die Landkreisverwaltung erklärt das folgendermaßen: „Die fristgemäße Aufstellung des Jahresabschlusses 2014 war nicht möglich. Die Eröffnungsbilanz zum 01. Januar 2013 – als Grundlage für die doppelischen Jahresabschlüsse – konnte erst am 19.10.2016 im Kreistag Mittelsachsen festgestellt werden. Auch der Jahresabschluss 2013 kam erst sehr spät zur Beschlussfassung. Das war am 28.03.2018. Wenn hier kein Wunder geschieht, werden die Jahresabschlüsse der Jahr 2015, 2016 und 2017 erst durch den neuen Kreistag beschlossen werden. Im nächsten Jahr steht vor den Wahlen nur ein Kreistag an. Dieser ist für den 27. März 2019 geplant. Da der Inhalt der konstituierenden Sitzung des neuen Kreistages (geplant für 07. August 2019) erfahrungsgemäß nur aus Gremienbesetzungen etc. besteht, haben wir im nächsten Jahr nur drei Kreistage für Inhalte zur Verfügung. Somit ist für den Jahresabschluss 2015 erst der Oktober 2019 möglich.

Der Jahresabschluss für das Jahr 2014 hat einen Überschuss von 8.280.683,33 EUR. Geplant war ein Minus von rund einer Mio. EUR. Hier stellt sich uns die Frage, ob das nicht zu Lasten unserer kreisangehörigen Städte und Gemeinden geht.

änderung der grenzen für die kosten der unterkunft und heizung im bereich sgb II und sgb XII

Die bisherige Richtlinie wurde im Dezember 2016 beschlossen, ist seit 01.01.2017 gültig und muss laut Gesetzgebung alle zwei Jahre geprüft und eventuell angepasst werden. Vor zwei Jahren erfolgte eine detaillierte Analyse an Hand von Daten des tatsächlichen Wohnraumes, abgefragt bei Vermietern. Bei der nun anstehende Fort-



Jahr	Umlagegrundlagen	darunter allg. Schlüsselzuweisungen	Kreisumlage total	Steuerkraftmesszahl	Kreisumlage in %
2010	251.957.891,00 €	68.854.442,00 €	67.902.651,62 €	189.314.197,00 €	26,95
2011	237.258.509,00 €	63.769.021,00 €	68.804.967,61 €	174.795.706,00 €	29,00
2012	247.254.710,00 €	57.556.346,00 €	74.052.785,65 €	193.914.039,00 €	29,95
2013	255.411.009,00 €	79.206.484,00 €	76.495.597,20 €	178.436.957,00 €	29,95
2014	265.138.293,00 €	78.696.632,00 €	79.408.918,75 €	190.324.686,00 €	29,95
2015	269.565.822,00 €	73.419.700,00 €	80.734.963,69 €	198.162.680,00 €	29,95
2016	278.306.526,00 €	73.427.286,00 €	83.352.804,54 €	208.758.673,00 €	29,95
2017	291.996.737,00 €	75.739.687,00 €	91.832.973,79 €	217.025.980,00 €	31,45
2018	309.029.222,00 €	81.511.218,00 €	97.189.690,32 €	229.431.952,00 €	31,45
2019	324.600.000,00 €	91.000.000,00 €	99.003.000,00 €	235.500.000,00 €	30,50
2020	332.700.000,00 €	94.600.000,00 €	101.473.500,00 €	240.000.000,00 €	30,50

schreibung wird lediglich an Hand des allgemeinen Verbrauchspreisindex hochgerechnet. Der Gesetzgeber lässt dies zu. Unser Kritikpunkt, warum muss dafür ein externer Dienstleister bezahlt werden. Das hätte die Landkreisverwaltung auch selbst leisten können. Zudem haben sich die Wohnnebenkosten mehr verteuert als durch den Index ermittelt. Aus diesem Grund wollte unsere Fraktion eine Anhebung der Nebenkosten um 0,75 EUR pro m² Wohnfläche. Die Mehrheit des Kreistages lehnte den Antrag ab.

beendigung der mitgliedschaft des landkreises mittelsachsen im abfallwirtschaftsverband chemnitz (awvc)

Die kommunale Abfallentsorgung ist eine Pflichtaufgabe der Landkreise. Alle Entscheidungen stehen unter diesem Fakt und sind dem untergeordnet. Es haben sich in diesem Jahr mehrere Dinge ergeben, die eine Neubewertung notwendig machen. Vor allem im Hinblick auf langfristige Entsorgungssicherheit. Denn bis zum 31.05.2025 ist die Entsorgung des Restabfalls sowie Sperrmülls aus unserem Landkreis vertraglich geregelt.

Folgende Fakten führen zu diesem Antrag:

1. beantragter Austritt des Erzgebirgskreis aus dem Abfallwirtschaftsverband Chemnitz (Der Erzgebirgskreis (ERZ) ist mit den Gebieten der Altkreise Annaberg, Aue-Schwarzenberg und Stollberg Mitglied des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS), mit dem Altkreis Mittlerer Erzgebirgskreis ist er Mitglied im AWVC. Deshalb wurden im Erzgebirgskreis Überlegungen angestellt, die Mitgliedschaft im AWVC zu beenden und eine „einheitliche“ Mitgliedschaft im ZAS herbeizuführen. Der Kreistag des Erzgebirgskreises hat nunmehr in seiner Sitzung am 13.06.2018 beschlossen zum 31.12.2019 aus dem AWVC auszutreten. Der Austritt wurde fristgemäß zum 30.06.2018 beim AWVC beantragt.)

2. Ergebnis des Regionalkonventes vom 03.09.2018 (Am 03.09.2018 fand in Chemnitz ein Regionalkonvent statt. Der Landrat des Landkreises Mittelsachsen hatte dazu die Landräte des Erzgebirgskreises, des Vogtlandkreises, des Landkreises Zwickau und die OB der Stadt Chemnitz eingeladen. Ziel war es, sich gemeinsam über die zukünftige Ausrichtung der einzelnen kommunalen Abfallwirtschaften auszutauschen und Möglichkeiten einer vertieften Zusammenarbeit auszuloten. Die Vertreter des Erzgebirgskreises, des Vogtlandkreises und des Landkreises Zwickau haben dort klar zum Ausdruck gebracht, dass ihrerseits kein Interesse daran besteht, längerfristig Abfälle aus den Landkreisen dem AWVC und damit der RABA – Restabfallbehandlungsanlage – zur Behandlung anzudienen. Vielmehr sollen zukünftig im Wege von Ausschreibungen ermittelte Behandlungs-/Entsorgungskapazitäten für Abfälle aus diesen Gebieten genutzt werden. Andere Formen der Zusammenarbeit wurden ebenfalls nicht präferiert.)

3. Erkenntnisse der Ausschreibung (Es erfolgte ein Gutachten unter folgenden zwei Szenarien: Szenario 1: Verbleib im AWVC über den 31.05.2025 hinaus - Szenario 2: Austritt aus dem AWVC und eigenverantwortliche Verwertung der Abfälle. Das Gutachten kommt zu dem eindeutigen Ergebnis, dass eine Weiterbetrieung der RABA zur Behandlung der angeordneten Abfälle zu den wirtschaftlichen schlechtesten Ergebnissen führen wird und dass Szenario 2, der Austritt aus dem AWVC und die Ausschreibung der Behandlung von Restabfall und Sperrmüll ab dem 01.06.2025 in Eigenverantwortung des Landkreises Mittelsachsen die deutlich günstigere Option ist. Szenario 1b, Nutzung der RABA als reine Umladestation, kann auch ohne Mitgliedschaft im AWVC umgesetzt werden.)

Die ausführliche Analyse bzw. Gutachten ist Inhalt der Vorlage. Um für etwaige weitere Schritte Rechtssicherheit zu haben aber auch um überhaupt Handlungsspielraum für den AWVC zu erreichen, ist dieser Beschluss notwendig.

prioritätenliste für den kreisstraßenbau 2021 bis 2026

Im August 2015 wurde die derzeitigen vier Prioritätenlisten beschlossen. Zwei Drittel der Maßnahmen wurden bisher umgesetzt bzw. sind in Vorbereitung für die nächsten beiden Jahre. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, dass eine Vereinfachung und auch eine Aktualisierung notwendig ist. Denn gerade durch witterungsbedingte Einflüsse wie plötzlicher Starkregen oder auch viele Frost-Tau-Wechsel kann sich der Zustand eines Straßenabschnittes derart verändern, dass kurzfristiges Handeln notwendig wird. Die Straßenabschnitte wurden mit den Noten von 1 bis 5 bewertet. Auf der Prioritätenliste „Straßen“ befinden sich 113 Straßenabschnitte von wenigen bis 2.000 Metern deren Zustandsnote von 3,267 bis 5,0 ist. Auf der Liste „Ingenieurbauwerke“ befinden sich 40 Bauwerke mit Zustandsnoten zwischen 2,5 und 4,0. Maßnahmen aus diesen Prioritätenlisten sollen ab 2021 umgesetzt werden. Die Platzierung des Streckenabschnittes auf der Prioritätenliste entspricht NICHT der Reihenfolge zur Abarbeitung der Maßnahmen. **Viele Faktoren spielen hierfür eine Rolle.**

- Ist eine Umsetzung als Gemeinschaftsmaßnahme mit Kommunen oder dem Landesamt für Straßenbau und Verkehr möglich?

- Welches Förderverfahren ist zielführend, wann stehen diese Mittel zur Verfügung?
- In welcher Art und in welchem Zeitraum kann das Baurecht erlangt werden?
- Gibt es mögliche Umleitungsstrecken oder Konflikte mit anderen Maßnahmen?
- Wie ist der finanzielle Rahmen des Landkreises ausgestattet?
- Welche Auswirkungen haben Baumaßnahmen auf Anlieger?
- Welche Maßnahmen sind von anderen Versorgungsunternehmen geplant, die eine Kombination von Maßnahmen begünstigen?

erwerb des tivoli in freiberg

Auch in unserer Fraktion wurde heftig über den geplanten Kauf diskutiert. Zum einen steht der Fakt: in der Region Freiberg ist es der einzige größere Saal für Festveranstaltungen, Messen etc. Eine Schließung des Tivoli muss dringendst vermieden werden, denn die Vorteile des Bestandsschutzes müssen erhalten bleiben. In der Vergangenheit wurden solche Einrichtungen wie ehemalige Kulturhäuser oft geschlossen und verkauft. Ein positives Beispiel gegen diesen Trend war beispielsweise der Erhalt des Rochlitzer Kulturhauses. Unsere Fraktion ist froh, hier einen kleinen Beitrag gegen dieses „Sterben von Kultureinrichtungen“ leisten zu können. Dem Kauf des Tivoli wurde mit großer Mehrheit zugestimmt.

antrag unserer fraktion – finanzierung alternativer alarmierungssysteme bei den freiwilligen feuerwehren im landkreis mittelsachsen

Den Inhalt dieses Antrages haben wir bereits vorgestellt. Worum geht es konkret? Die Notfallalarmierung gehört zu den Pflichtaufgaben der Landkreise. Dazu zählen die Funkmasten sowie das Alarmierungssystem. Die Empfänger müssen von den Städten und Gemeinden angeschafft werden. Im Zuge der Umstellung auf ein einheitliches digitales System und der wirtschaftlichen Ausschreibung erfolgte eine Beteiligung der Städte und Gemeinden hinsichtlich des zentralen Einkaufs der Meldeempfänger. Das digitale System wurde Ende 2017 abgenommen. Es hat sehr viele Nacharbeiten hinsichtlich zusätzlicher Sendemasten sowie Software-Update für die Empfänger gegeben. Trotzdem gibt es derart große Engpässe, dass sich mehr als die Hälfte der Freiwilligen Feuerwehren im Landkreis Mittelsachsen zusätzliche ein Handyalarmierungssystem angeschafft haben. Die Kosten belaufen sich auf mehrere Tausend Euro für die Anschaffung sowie einige Hundert Euro für die jährliche Lizenz. Einzig die Stadt Waldheim hat diesen Mehraufwand dem Landkreis in Rechnung gestellt. Die anderen Städte und Gemeinden lassen diese Kosten einfach in ihren kommunalen Haushalten verbuchen. Trotz das diese bereits durch die Kreisumlage bereits finanziert sein sollten. Aber das eigentliche Problem ist die nicht gegebene Zuverlässigkeit der Alarmierung der Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren. Hier geht es um Menschenleben und die Abwehr von Schäden an Sachwerten.

Die Landkreisverwaltung hat in ihrer Stellungnahme zwar Engpässe eingeräumt, jedoch gehen uns die Maßnahmen zu deren Behebung nicht weit genug. Zudem haben wir den Eindruck, dass die Freiwilligen Feuerwehren „MUNDTOT“ gemacht wurden. Wir wollen das das zusätzliche Alarmierungssystem dort wo es notwendig ist vom Landkreis bezahlt wird. Und zwar im Zuge seiner Alarmierungspflicht. Aber alle vorgetragenen Fakten der Mängel fanden kein Gehör. Unser Antrag wurde mit 48 Gegenstimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt.

antrag unserer fraktion - sozianticket für den öffentlichen personen-nahverkehr

Auch über diesen Antrag berichteten wir bereits. Es handelt sich um einen Prüfauftrag mit dem Inhalt SGB II und SGB XII Empfängern die Nutzung des Öffentlichen Personen Nahverkehr zu ermäßigten Preisen zu ermöglichen. Das ist eigentlich eine politische Entscheidung. Wenn man das will, so findet man einen Weg. Wenn man den Antrag ablehnen will, so findet man einen Grund dagegen. Jetzt liegt uns mit der Vorlage eine Stellungnahme der Landkreisverwaltung vor. Und diese hat darin unseren Antrag absolut schlecht gerechnet. Erfreulicherweise hat sich jedoch die SPD-GRÜNEN-Fraktion unserem Vorschlag angeschlossen und ausreichend Argumente gegen die Stellungnahme der Landkreisverwaltung gefunden. **Unser Antrag wurde mit 39 Ja-Stimmen, 26 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen angenommen.**

Im Januar setzen wir die Berichterstattung fort.

Im Nachgang zum Sechsten Weltkongress der Kommunistischen Internationale im Sommer 1928, der einen erneuten »Linksschwenk« der Sektionen der kommunistischen »Weltpartei« beschlossen und verkündet hatte, und insbesondere im Ergebnis der Wirtorf-Affäre im Herbst 1928 wurden die letzten verbliebenen »Parteirechten«, unter ihnen die früheren Parteivorsitzenden Heinrich Brandler und August Thalheimer, sowie die »Versöhner«, unter ihnen Ernst Meyer und Arthur Ewert, aus der Partei bzw. ihren Führungspositionen verdrängt oder in anderer Form innerhalb der Partei mundtot gemacht. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war die Stalinisierung der KPD unumkehrbar geworden, ein Prozess, für den der Parteivorsitzende Ernst Thälmann auch persönlich Verantwortung trug.

Alle Versuche, außerhalb der KPD Alternativen zu etablieren, scheiterten. Kommunistische Gruppen und Gruppierungen konnten zu keinem Zeitpunkt der Geschichte des deutschen Parteikommunismus massenwirksamen Einfluss gewinnen. Auch die KPD (Opposition), die sich Ende Dezember 1928, genau zehn Jahre nach der Gründung der KPD, konstituierte und sich in klarer Abgrenzung zur bolschewistischen KPD zu linkssozialistischen Positionen bekannte, wurde letztlich zwischen KPD und SPD zerrieben.

Der kommunistischen Partei Deutschlands gelang es nicht, die umfassende Bedrohung durch den aufkommenden Faschismus rechtzeitig zu erkennen und eine dieser Bedrohung angemessene Politik zu entwickeln. Sie erklärte – in voller Übereinstimmung mit den entsprechenden Positionen der Kommunistischen Internationale – vielmehr die Sozialdemokratie zum »sozialfaschistischen«

Hauptfeind, dessen »Vernichtung« als Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf gegen den Faschismus gesehen wurde. Damit machte sie es der traditionell antikommunistisch eingestellten rechten Parteiführung der SPD einfach, alle kommunistischen Angebote zu einer Einheitsfront »von unten« zurückzuweisen. (Ob eine antifaschistische Einheitsfront in den Jahren 1932 und 1933 noch in der Lage gewesen wäre, einen Machantritt des Hitlerfaschismus zu verhindern, ist eine andere Frage. [1])

Erst auf der »Brüsseler Konferenz« im Herbst 1935 in Moskau gelangte die KPD – nicht zuletzt durch die Mitwirkung von Spitzenfunktionären der Kommunistischen Internationale wie Georgi Dimitrow und Palmiro Togliatti (Ercoli) – zu einer in Ansätzen veränderten Sicht auf die eigene Politik der vorangegangenen Jahre. Allerdings war die KPD auch weiterhin nicht bereit, sich von der »Sozialfaschismus«-These zu lösen und sie als grundsätzlich falsch zurückzuweisen.

Mit ihrem Bekenntnis zur antifaschistischen Volksfrontpolitik fand die KPD den einzig gangbaren Weg, den Kampf gegen die Hitler-Diktatur auf breiter Basis zu organisieren. Die fehlende Bereitschaft allerdings, auf eine »führende Rolle« innerhalb einer möglichen Volksfront zu verzichten, und die tiefsitzenden – und durchaus begründeten – Vorbehalte potentieller Partner, vor allem jedoch die bedingungslose Unterstützung der KPD für die Moskauer Prozesse der Jahre 1936 bis 1938 und den »Großen Terror« in der Sowjetunion entzogen der Volksfrontpolitik die notwendige Basis. Der sogenannte Hitler-Stalin-Pakt vom August und September 1939 versetzte ihr den Todesstoß.

Es gehört zur großen Tragik in der Geschichte der KPD, dass auch zahllose deutsche Kommu-

nisten – Funktionäre und einfache Mitglieder –, die in der Sowjetunion Zuflucht vor der Verfolgung durch das Hitler-Regime gesucht hatten, dem Stalinschen Terror zum Opfer fielen – sie wurden ermordet oder verbrachten Jahre und Jahrzehnte in Gefängnissen und Lagern.

Ein wirklicher Höhepunkt in der Geschichte der KPD war der Kampf Tausender Kommunisten in den Reihen der Internationalen Brigaden, die zur Verteidigung der Spanischen Republik aufgestellt wurden.

Kommunisten standen in den Jahren der Hitler-Diktatur in der ersten Reihe des Widerstandskampfes, oftmals gemeinsam mit Sozialdemokraten und Antifaschisten aus dem bürgerlichen Lager. Die Kommunisten zahlten dafür einen besonders hohen Blutzoll – Zehntausende von ihnen starben in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern des Dritten Reiches.

Ihr Opfer gab der KPD nach der Befreiung vom Faschismus im Mai 1945 das moralische Recht, mit eigenen Vorschlägen für die Zukunft Deutschlands hervorzutreten. Mit dem Aufruf vom 11. Juni 1945 konnte die KPD ein überzeugendes Konzept für den Wiederaufbau Deutschlands nach den verheerenden Jahren der Hitler-Diktatur vorlegen. Die KPD forderte eine umfassende antifaschistisch-demokratische Neuordnung Deutschlands. Ziel sollte die »Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk« [2] sein. In diesem Zusammenhang fand die KPD kurzzeitig zu einem selbstkritischen Blick auf ihre Politik in den Jahren vor 1933. Mit dem Beginn des Kalten Krieges zwischen den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs wurden derartige Ideen und Überlegungen obsolet. Mehr

noch, mit der Spaltung Deutschlands und der doppelten Staatsgründung im Jahre 1949 entstanden zwei deutsche Staaten, die über viele Jahrzehnte sehr unterschiedliche, ja diametral entgegengesetzte Entwicklungswege gingen.

In der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands schlossen sich KPD und SPD zur SED zusammen, ein Vorgang, der bis heute – vor allem aus politischen Motiven – umstritten ist.

In den westlichen Besatzungszonen und der späteren (alten) Bundesrepublik konnte sich die KPD zu keinem Zeitpunkt als wichtige politische Kraft etablieren, auch wenn sie Vertreter in die Parlamentarische Versammlung und den ersten Bundestag entsenden konnte. Das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands durch das Bundesverfassungsgericht im August 1956 ist und bleibt ein untillbarer Schandfleck in der politischen und Rechtsgeschichte der Bundesrepublik.

In ihrem Erfurter Programm vom Oktober 2011 bekennt sich die Partei DIE LINKE zu ihrer Herkunft und ihren Traditionen auch aus der kommunistischen Bewegung. Dieses Bekenntnis ist unlösbar verbunden mit einer prinzipiellen Absage an den Stalinismus als System.

Anmerkungen:

[1] Vgl. dazu: Zum 80. Jahrestag der Machtübernahme des Hitlerfaschismus. Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE, Berlin, 22. Januar 2013.

[2] Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands vom 11. Juni 1945 (www.1000dokumente.de).



Gedenktafel enthüllt

Am Hainichener HKK Vereinshaus – ehemaliges Volks- und Sportheim – wurde durch Bürgermeister Dieter Greysinger (SPD) anlässlich der 80. Wiederkehr der Reichsprogromnacht eine Gedenktafel enthüllt.

Am 4. April 1933 wurde an gleicher Stelle das Schutzhaftlager der Amtshauptmannschaft Döbeln eingerichtet. Das Haus mit seinem Saal und für die damalige Zeit hervorragenden Sportmöglichkeiten hatten Gewerkschafter und Sozialdemokraten wenige Jahre vorher erbaut. Die ersten Gefangenen waren etwa 50 Hainichener, nach den Worten des „Hainichener Anzeigers“ vom 5. April 1933 „marxistische Personen“. Das Lager wurde bereits reichlich zwei Monate später, am 11. Juni 1933 aufgelöst. Die Nationalsozialisten brauchten für ihre menschenverachtenden Foltermethoden größere Einheiten, wie das damaligen KZ Sachsenburg, später dann das Konzentrationslager Buchenwald. In den 68 Tagen des Bestehens des Schutzhaftlagers Hainichen spielten sich hinter den Wänden des Hauses unglaubliche und schier unmenschliche Szenen ab. Mit nicht zu überbietendem Zynismus schrieb der „Hainichener Anzeiger“ am 5. April 1933, dass das Volkshaus nun endgültig seine Verwendung gefunden habe, allerdings in einer Art, wie es sich der Erbauer niemals hätte träumen lassen.

„zufallsfahrt“ in das willi-brandt-forum in unkel am rhein

von HANS WEISKE

Seit vielen Jahren bin ich regelmäßig u.a. auf den Spuren der Romanik, in historischen deutschen Städten und auf den deutschen Fachwerkstädten unterwegs und dokumentiere meine Fahrten fotografisch. Besonders aber haben es mir die laut aktuelllem Stand 44 deutschen UNESCO-Welterbestätten angetan, die ich alle z.T. mehrfach besucht habe. Meine Fotosammlung historischer deutscher Rathäuser umfasst inzwischen fast 450 Motive.

Kürzlich stand im Rahmen einer Drei-Tage-Fahrt ein erneuter Besuch des Welterbes „Schlösser Augustsburg und Falkenlust“ in Brühl (gelegen zwischen Köln und Bonn) an, einem der herausragenden Zeugnisse des Rokokos in Deutschland. Eine Aufgabe im Vorfeld meiner Fahrten ist die

Online-Buchung preiswerter Hotels in der Nähe meiner Zielorte. Da fiel mir das „Gästehaus Korf“ in Unkel am Rhein ins Auge - einem Städtchen, von dem ich vorher



noch nie etwas gehört hatte. Das historische Unkel erwies sich als wunderschönes Fachwerkstädtchen direkt am Rhein, dessen Innenstadt (mit Ausnahme für Hotel- und Pensionsgäste) für den Autoverkehr komplett gesperrt ist.

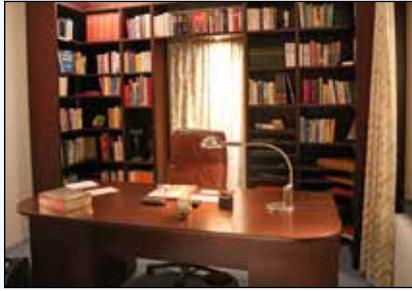
Auf der abendlichen Fahrt von Brühl nach Unkel fielen mir die vielen Wegweiser zu einem „Willy-Brand-Forum“ auf. Da war mir klar, dass ich den Vormittag des Folgetages umplanen muss. Aber wo war dieses „Willy-Braud-Forum“? Da ich im Dunkeln

ankam, konnte ich in der spärlich beleuchteten Innenstadt von Unkel auch bei meinem abendlichen Kneipengang nichts entdecken.

Bei meinem morgendlichen ersten Blick aus dem Fenster des Gästehauses fiel es mir wie Schuppen von den Augen: Ich hatte direkt vis-à-vis des Forums übernachtet! Das nebenstehende Bild zeigt es - der PKW im Hof des Gästehauses ist übrigens der meinige, mein Einzelzimmer markiert.

Willy Brand - der Vater der bundesdeutschen Ostpolitik - lebte von 1979 bis zu seinem Tod im Jahr 1992 in Unkel. Das von einer gemeinnützigen Bürgerstiftung betriebene Museum wurde am 20. März 2011 eröffnet und ist modernst ausgestattet. Die Ausstellung erinnert an den Politiker Willy Brandt und dokumentiert wesentliche Stationen seines politischen

Werdegangs. Herzstück des Museums ist das private Arbeitszimmer des Politikers in Unkel, das originalgetreu rekonstruiert wurde. Daneben gibt es viele weitere Exponate, Dokumente und Fotografien.



original rekonstruiertes Arbeitszimmer



Gedankenaustausch mit L.I. Breshnew



„Kniefall“ von Warschau

in das zeitgeschichtliche forum in leipzig

von HANS WEISKE

Die Meldung, dass die Dauerausstellung „Unsere Geschichte - Diktatur und Demokratie nach 1945“ im Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig neu gestaltet worden sei, neue thematische Schwerpunkte setze und der Zeit nach der Wiedervereinigung mehr Raum gäbe, führte mich kürzlich nach Leipzig. Ich wollte mir ein eigenes Bild verschaffen. Mein Resümee: Es lohnt sich, der Ausstellung einen Besuch abzustatten. In ihr wird mit einer Vielzahl von Audio- und Videobotschaften gearbeitet, so dass die zweieinhalb Stunden, die ich eingeplant hatte, schnell vergangen waren. Draußen wartete ja noch ein Besuch des Leipziger Weihnachtsmarktes auf mich.

Das Zeitgeschichtliche Forum in Leipzig ist zusammen mit dem Haus der Geschichte in Bonn, dem „Tränenpalast“ und dem Museum in der Kultur-



brauerei in Berlin Bestandteil der Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.“

Die Ausstellungs-Macher weisen darauf hin, dass 2.000 Objekte, Fotos und Filme die

Geschichte des geteilten Deutschlands und der Zeit nach der Wiedervereinigung veranschaulichen (Die Sammlung zur Geschichte der DDR des Zeitgeschichtlichen Forums umfasst mehr als 200.000 Objekte).

Und dennoch bleibt ein etwas zwiespältiger Eindruck für den „gelernten DDR-Bürger“, wenn er die Ausstellung verlässt. Die Objekte, Audio- und Zeitzugensbotschaften, die aus den Jahren 1945 bis 1990 ausgewählt wurden, sind mir in ihrer Gesamtheit sehr tendenziös zusammengestellt. Was in Erinnerung bleibt: In der sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR habe eine Diktatur mit wenigen sozialen Einsprengseln geherrscht. Innen- und außenpolitisch sei alles - selbst die Friedenspolitik und der Antifaschismus - dem Kalkül der Herrschaft der SED untergeordnet gewesen. Dialektischer werden meines Erachtens die Zeit des Zusammenwachsens nach 1990, besser ausgewogen zwischen Erfolgen und Schwierigkeiten, die Herausforderungen des internationalen Terrorismus, der Digitalisierung und der Flüchtlingskrise dargestellt.

Über vier Jahrzehnte, bis 1990, gab es zwei deutsche Staaten: im Westen die Bundesrepublik Deutschland, im Osten die Deutsche Demokratische Republik, die DDR. Heute ist das Land vereint und Mitglied der Europäischen Union.

Die Ausstellung zeigt die Geschichte der DDR und des wiedervereinigten Deutschland bis in die Gegenwart:

Warum entstand die DDR? Wer hatte die Macht?

Wie haben die Menschen gelebt, gearbeitet, gefeiert und gestritten?

Warum verließen Hunderttausende das Land?

Wie verhielt sich der Staat gegenüber Kritikern und Gegnern?

Woran scheiterte die DDR?

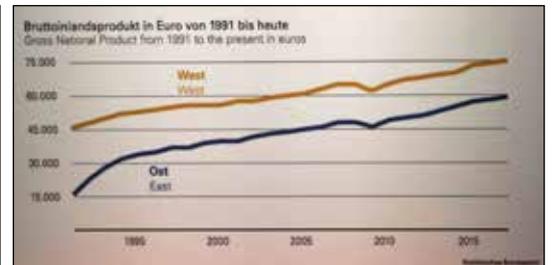
Wie wächst Deutschland seit 1990 wieder zusammen?

Welche Fragen und welche Sorgen bewegen die Menschen heute?

die thematischen Schwerpunkte



viel „Symbolik des Widerstands“



das Zusammenwachsen - Beispiel BIP - stoppt gewaltig

die gegenrevolution - der mord an den kpd-führern

VON ACHIM GRUNKE

Mit der Novemberevolution von 1918 marschiert von Anbeginn die Gegenrevolution. Obwohl die Monarchie zusammengebrochen, existiert ihr Herrschaftsapparat in Militär und Staatsbürokratie weiter und ist noch bestens organisiert.

Nachdem am 9. November mit dem Sturz der Monarchie die Republik ausgerufen worden war und am Folgetag die Übergangsregierung von SPD und USPD, der „Rat der Volksbeauftragten“, zusammentrat, kommt es noch in der Nacht zum 11. November zu dem folgenreichen Telefongespräch zwischen dem Quasi-Reichskanzler Friedrich Ebert (SPD) und dem neuen Generalquartiermeister General Groener. In dem Gespräch versichert der General die Loyalität der Obersten Heeresleitung (OHL) und des Offizierskorps gegenüber der neuen Regierung. Dafür erwartet er im Gegenzug, dass die Regierung den „Bolschewismus“ in Deutschland verhindere und dabei mitwirke, im Heer wieder „Ordnung und Disziplin“ zu schaffen. Daraufhin ergeht am 12. November ein „Erlaß der Volksbeauftragten an das Feldheer“, verfasst von der OHL, in dem die Befehlsgewalt der Offiziere klargestellt wird und die eben erst entstandenen Soldatenräte faktisch entmachtet werden.

Die Regierung kommt der OHL auch entgegen, weil es so aussieht, als könne sie ohne die OHL einen geordneten Abzug der Truppen binnen von 15 Tagen aus den besetzten Gebieten Frankreichs und Belgiens nicht hinbekommen, wie es das auferlegte Waffenstillstandsabkommen vom 11. November vorsah. Als am 10. Dezember die heimkehrenden Felddivisionen in Berlin einrückten, begrüßte sie Reichskanzler Ebert mit den Worten: „Kein Feind hat euch überwunden. Erst als die Übermacht der Gegner an Menschen und Material immer drückender wurde, haben wir den Kampf aufgegeben... Erhobenen Hauptes dürft ihr zurückkehren.“ Damit bediente Ebert die von Hindenburg und Ludendorff bereits in die Welt gesetzte „Dolchstoßlegende“. Später wird es heißen, er und die SPD haben politisch auf der falschen Seite gestanden und der Gegenrevolution den Weg geebnet. Doch sollte ursprünglich die Heimkehr der Truppen ganz anders verlaufen.

putschversuche der gegenrevolution

Auf die Initiative des Berliner Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte war für den 16. Dezember der Reichsrätekongress einberufen worden. Die OHL befürchtete, dass sich die Spartakusleute durchsetzen könnten und für General Groener stand fest: dieser Kongress musste verhindert werden. So sollten, als Heimkehr der Frontruppen getarnt, zehn rasch zusammengestellte Divisionen ab dem 10. Dezember in Berlin einmarschieren und die sich in der Hauptstadt befindlichen Truppen mit ihren Soldatenräten, die sich der Regierung und der Revolution angeschlossen hatten, entwaffnet werden und dann folgendes Recht verkündet werden: „Wer ohne Waffenschein noch Waffen in Besitz hat, wird erschossen.“ Das überstieg selbst das preußische Recht vom verschärften Belagerungszustand von 1856.

Dieser Putschplan der Gegenrevolution, der absehbar Terror, Bürgerkrieg und Blutvergießen bedeutet hätte, war zumindest in Grundzügen „durchaus im

Einvernehmen und im Einverständnis mit Herrn Ebert abgeschlossen“, erklärte später General Groener im sog. „Dolchstoßprozess“ 1925 unter Eid. Doch zum Putsch selbst sollte es nicht kommen, denn vier Tage zuvor, am 6. Dezember, wagten Beamte des Geheimdienstes des Auswärtigen Amtes und reaktionäre Studenten einen Putsch, der dem Putsch der OHL in die Quere kam und kläglich scheiterte, aber 16 Menschen das Leben kostete und 12 weitere schwer verwundete. Nun waren der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates, der beim dilettantischen Putschversuch kurzzeitig in Haft genommen war, und die Soldatenräte aufgeschreckt und alarmiert über Nachrichten aus den Randbezirken Berlins, wo die Gardedivisionen erste Quartiere aufgeschlagen hatten. Erwirkt wurde daraufhin, dass die von den kaiserlichen Offizieren befehligten Truppen im Schnellverfahren auf die „Deutsche Republik“ vereidigt wurden und erst dann einmarschieren sollten. So erscheint dann der Einmarsch der Felddivisionen in Berlin am 10. Dezember nur noch als harmlose Heimkehrzeremonie, der Plan zur Wiederherstellung der alten „Disziplin und Ordnung“ kommt nicht zur Ausführung. Nach Eberts Begrüßungsansprache begann sich die Truppe spontan und disziplinwrig aufzulösen. „Der Krieg war zu Ende, alle waren froh, dass sie ihn lebend überstanden hatten, alle wollten nach Hause – und Weihnachten stand vor der



Tür. Sie waren nicht mehr zu halten.“ (Sebastian Haffner) Von den zehn Divisionen blieben nur noch achthundert Mann übrig.

Am 16. Dezember trat schließlich der Reichsrätekongress der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Deutschlands mit 514 Delegierten zusammen. Die Anhänger der SPD waren mit 288 Delegierten in der Mehrheit, von der USPD waren 88 und vom Spartakusbund nur 10 Delegierte vertreten. Dazu kamen einige Demokraten, Syndikalisten und Parteilose. Ein zu Beginn des Kongresses gestellter Antrag, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg als Gäste mit beratender Stimme zuzulassen, wurde von der Mehrheit abgelehnt. Die von der OHL anfangs heraufbeschworene Angst vor Spartakus war also völlig grundlos.

zuspitzung und mord

Schon in einem frühen Stadium der Revolution waren Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als herausragende Führungsfiguren des Spartakusbundes zur Zielscheibe hasserfüllter Angriffe geworden. So klebten schon Anfang Dezember 1918 Plakate mit der Aufschrift „Tötet Liebknecht“ an den Berliner Litfaßsäulen.

Nun spitzte sich seit Weihnachten 1918 die allgemeine Situation in Berlin zu. Die Matrosen der Volksmarinedivision, die einst im November das Signal zur Revolution gegeben hatten, sollen das Berliner

Stadtschloss verlassen, in dem sie sich seit Mitte November einquartiert hatten. Angeblich hätten sie dort wüst gehaust und wertvolles Inventar geplündert, was allerdings nie nachgewiesen wurde. Als Druckmittel werden ihnen nun die Lohnauszahlungen verweigert. Dann wird die Lohnauszahlung doch angewiesen, aber die Sache zieht sich hin. Die Matrosen verlieren die Geduld: sie stellen die in der Reichskanzlei anwesenden SPD-Volksbeauftragten (Ebert, Scheidemann, Landberg) faktisch unter Hausarrest und inhaftieren den Stadtkommandanten von Berlin, den SPD-Politiker Otto Wels, vorübergehend. Daraufhin erteilen die SPD-Volksbeauftragten dem immer noch im Amte weilenden preußischen Kriegsminister Scheuch einen Freibrief für das militärische Einschreiten gegen die Matrosen. Eine mit schweren Waffen ausgerüstete Gardetruppe von 1200 Soldaten wird gegen die 1700 Matrosen aufgeboden. Bei der Auseinandersetzung kommen 11 Matrosen und 56 Gardesoldaten ums Leben, es gibt eine Pattsituation und die Kämpfe werden abgebrochen. Danach zerbricht die Regierungskoalition: die USPD-Vertreter verlassen am 29. Dezember die Regierung – ein Fehler, denn an ihre Stelle treten die SPD-Hardliner Noske und Wissel. Jetzt kann das Kabinett der SPD-Volksbeauftragten ohne Widerstände durchregieren.

Als am 4. Januar 1919 der von der USPD kommende Berliner Polizeipräsident Eichhorn durch den preußischen Innenminister Hirsch (SPD) abgelöst wird, spitzt sich abermals die Situation zu. Es kommt zum Berliner Januaraufstand, der fälschlicherweise als „Spartakusaufstand“ in die Geschichtsbücher eingegangen ist, obwohl der Spartakusbund bzw. die KPD diesen Aufstand weder planten noch auslösten. Es beginnt mit unerwarteten Massendemonstrationen zur Unterstützung des abgesetzten Polizeichefs. Eine Gruppe von Demonstranten besetzt die Druckerei der SPD-Zeitung „Vorwärts“ und andere Verlagshäuser im Zeitungsviertel. Die Hausbesetzer bewaffnen sich. Unter dem Eindruck der Massenstimmung spricht sich die Mehrheit eines provisorischen „Revolutionsausschusses“, dem auch Karl Liebknecht von der KPD angehört, für den Sturz der Regierung aus. Rosa Luxemburg kritisiert: „Karl, ist das unser Programm?“. Noch auf dem KPD-Gründungsparteitag hatte sie klargemacht, Spartakus würde nur die die Regierung übernehmen, wenn die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse die Zustimmung gäbe. Erst als sie merkt, dass der Aufstand nicht mehr zu bremsen ist, drängt auch sie auf entschlossenes Handeln. Am 12. Januar endet der Aufstand mit der Rückeroberung der Verlagsgebäude durch Regierungstruppen. Der dilettantisch begonnene und halbherzig geführte Aufstand war damit beendet.

Der Januaraufstand lässt die ohnehin hochgespielte Angst vor dem „Bolschewismus“ und die Hysterie um Spartakus geradezu in eine Pogromstimmung umschlagen. Die mitunter militante Rhetorik von Liebknecht und anderen Spartakusführern wirkt dann noch wie ein Verstärker. In dieser Atmosphäre von Hass und Feindbildern geschieht der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Nach deren Verhaftung durch Offiziere der Garde-Kavallerie-Schützen-Division telefoniert deren Chef Waldemar Pabst mit dem SPD-Volksbeauftragten Noske. Nach dem Telefongespräch scheint festzustehen, dass Noske zwar keinen ausdrücklichen Mordbefehl gegeben hat. Aber er tat auch nichts, die blutdürstigen Militärs zu zügeln. Pabst musste davon ausgehen, dass die Täter mit der Duldung, wenn nicht gar mit der stillschweigenden Billigung Noskes rechnen konnten.

kreisvorstand aktuell

Wegen terminlicher Probleme fand die Sitzung des Kreisvorstandes nicht wie geplant am 14. November, sondern erst am 28. November im Bürgerbüro Mittweida statt. Behandelt wurden folgende Schwerpunkte:

- **Verständigung zum Verhältnis der LINKEN zur Sammlungsbewegung „Aufstehen“, besonders ausgehend davon, dass sich um Leisnig eine regionale Gruppe gebildet hat, die am 11. Dezember zu ihrem nächsten Treffen zusammenkommt.**
- **Verständigung mit Michael Bagusat-Sehrt aus dem Kreisverband Nordwestsachsen. Er leitet ein Regionalbüro Ost der Bundestagsfraktion der LINKEN, welches am 22. Januar in Torgau eröffnet wird. Bei Aktionen und Kampagnen in unserem Kreisverband sagt er Unterstützung zu. Der Kreisverband Nordwestsachsen hat bereits im Herbst eine umfassende Kampagne in Vorbereitung der Kreistagswahl organisiert. Es wurden Schlussfolgerungen für unseren Kreisverband beraten, vor allem, was Plakatierung, Flyer und weitere Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit betrifft. Es wird eine Zeitung mit Bilanz und Ausblick erarbeitet, welche an alle Haushalte geht. Dem Kreisparteitag ist der Entwurf des Kommunalwahlprogramms vorzulegen, welches in enger Zusammenarbeit mit der Kreistagsfraktion zu erarbeiten ist. Die Auftaktveranstaltungen für den Kommunalwahlkampf finden am 1. Mai in Döbeln, Freiberg und Mittweida statt.**
- **Einberufung eines Kreisparteitages (Kreiswahlversammlung) für den 2. März 2019 in Siebenlehn. Daran wird als Gast Cornelia Ernst teilnehmen und über die Vorbereitung der LINKEN auf die Europawahlen sprechen. Die Kreiswahlversammlung wird u.a. Kandidierende für den Kreistag, Vorschlagslisten für die Kommunalwahlen, die Wahlkreisbewerber*innen zur Landtagswahl sowie die Vertreter*innen zur Landesvertret er*innenversammlung benennen. Ab Januar können in den Mitgliederversammlungen der Ortsverbände die (rechtsverbindlichen) Wahlvorschläge für die Stadtratswahlen, für Gemeinde- und Ortschaftsräte beschlossen werden. Die Wahlvorschläge müssen bis 21. März eingereicht werden.**
- **Beratung des Finanzplans des Kreisverbandes für 2019 und Informationen über die Rücklagen der Kreistagsfraktion und der Ortsverbände für den Wahlkampf. Beschlossen wurde eine weitere Aufstockung der Mittel der Ortsverbände für die politische Arbeit. Der Schatzmeister konnte berichten, dass sich die Finanzlage durch höhere Beiträge und Spenden einerseits und eine sparsame Verwendung der Finanzmittel andererseits seit 2015 kontinuierlich verbessert hat. Für den Wahlkampf 2019 stehen -verglichen mit dem Wahljahr 2014, in welchem die analogen Wahlen stattfanden - wesentlich mehr Mittel zur Verfügung, die allerdings auch benötigt werden.**

unsere jubilare



all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen über sechzig sowie unseren hochbetagten geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich !

im januar 2019 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

HERBERT ERLER	geb. am 02.01.1928,	in Freiberg
RENATE WINKLER	geb. am 07.01.1936,	in Mittweida
GABRIELE EBERTH	geb. am 07.01.1959,	in Mittweida
BERNHARD JÄNCHEN	geb. am 08.01.1935,	in Burgstädt
CHRISTA ZIMMERMANN	geb. am 09.01.1931,	in Waldheim
HELGA KLAUS	geb. am 14.01.1931,	in Freiberg
INGEBURG MÜNCH	geb. am 14.01.1930,	in Lichtenau
KONRAD KOTHE	geb. am 14.01.1949,	in Geringswalde
RICHARD BOCHMANN	geb. am 16.01.1934,	in Mulda
MANFRED NEUHAUS	geb. am 19.01.1949,	in Freiberg
ERIKA BEGER	geb. am 19.01.1939,	in Freiberg
MARIANNE FICHTNER	geb. am 21.01.1929,	in Rochlitz
MARIANNE MÖLLER	geb. am 21.01.1936,	in Waldheim
HANS-GERD KARBE	geb. am 23.01.1937,	in Döbeln
GISELA ULRICH-LENAU	geb. am 24.01.1954,	in Döbeln
DIETER ALBRECHT	geb. am 25.01.1932,	in Freiberg
EDITH MEHNERT	geb. am 28.01.1927,	in Hainichen
KARLA BÖHME	geb. am 30.01.1938,	in Freiberg
EVA JAHN	geb. am 30.01.1938,	in Oederan
GERHARD VOIGTMANN	geb. am 31.01.1927,	in Augustusburg

In eigener Sache: An dieser Stelle hat in den „LinksWorten“ seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senioren ihren Platz. Laut der neuen Datenschutzverordnung der EU dürften wir diese Liste künftig eigentlich nur bei Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben es umgedreht: Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) erscheinen wollen, bittet die Redaktion um Information.

jahrestage 2019

Seit sechs Jahren veröffentlichen wir an dieser Stelle historische Jahrestage, herausgegeben von der Historischen Kommission beim Parteivorstand der LINKEN. Da die Jahrestage des Folgejahres - wie auch in den vergangenen Jahren - bis zur Herausgabe unserer Dezember-Ausgabe noch nicht veröffentlicht sind, erscheinen in unserem Januar-Heft die Jahrestage der Monate Januar und Februar 2019. Wir bitten um Verständnis.

„ohne wasser, merkt euch das“

Auf Einladung der LINKEN-Basisgruppe Halsbrücke/Reinsberg/Bobritzsch fand am 2. November im Bürgerhaus Oberschaar eine öffentliche Informations- und Diskussionsrunde mit Halsbrückes Bürgermeister Andreas Beger statt. Thema des Abends waren die aktuellen Probleme rund um die Trinkwasserversorgung der Gemeinde Halsbrücke, die vor allem in den Ortsteilen Haida und Erlicht in den vergangenen Monaten auf Grund der anhaltenden Trockenheit gravierend sichtbar wurden. Beide Ortsteile sind nicht an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen. Die Dürre der Sommermonate

hatte zur Folge, dass der Grundwasserspiegel erheblich sank und Brunnen austrockneten. In der sehr sachlichen Diskussion, an der etwa 40 betroffene Bürgerinnen und Bürger teilnahmen, wurde die immer akuter werdende Lage deutlich. Bürgermeister Beger erläuterte die Situation aus Sicht der Gemeinde. Für den Anschluss der 21 Grundstücke in Haida und Erlicht an das öffentliche Trinkwassernetz wären etwa 268.000 Euro nötig. Zudem kämen auch auf die Eigentümer selbst erhebliche Kosten zu. Sie müssten dem Leitungsbau über ihre Grundstücke und dem Anschluss genehmigen. Der Wasserzweckverband Freiberg sieht sich ebenfalls außer Stande,

die Gesamtkosten in zweistelliger Millionenhöhe zu tragen. Hilfe müsse vom Freistaat kommen. Allerdings sind dafür aktuell keine Förderprogramme aufgelegt. MdL Dr. Jana Pinka plant mit ihrer Fraktion, einen Änderungsantrag in die aktuelle Haushaltsdebatte einzubringen und einen Zuschussfond vorzuschlagen. Allerdings ist die Gemeinde Halsbrücke bei Weitem nicht die einzige Gemeinde in Sachsen mit weißen Flecken in der zentralen Trinkwasserversorgung. Und so müssen sich die betroffenen Bürgerinnen und Bürger leider auch weiterhin mit der schwierigen Situation und oft schlechter Wasserqualität ihrer Brunnen abfinden.

terminübersicht

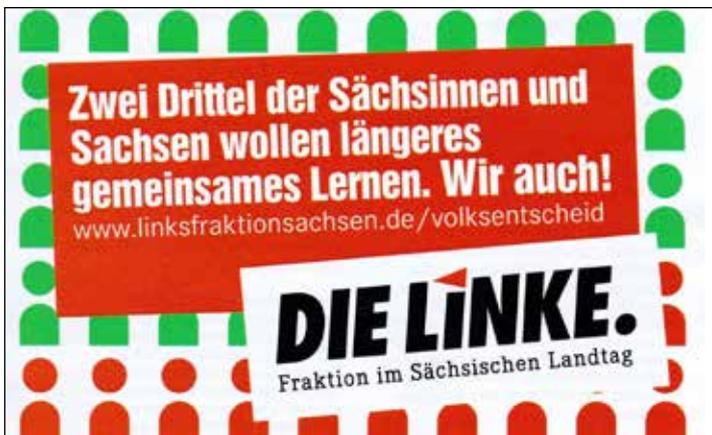
dezember 2018:

- 17. und 18.12. (ganztags) Arbeitsbesuch des direkt gewählten Bundestagsabgeordneten Sören Pellmann aus Leipzig (am 17. 12. in der Region Döbeln, am 18.12. in der Region Mittweida)
- 19.12. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Str. 34

januar 2019:

- 24.01. 14:00 Uhr Sitzung des Wahlstabes Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Str. 34
- 24.01. 19:00 Uhr Gesprächsrunde zu "Die Novemberrevolution 1918 – eine verpasste Chance?" Kreisgeschäftsstelle Freiberg Lange Straße 34

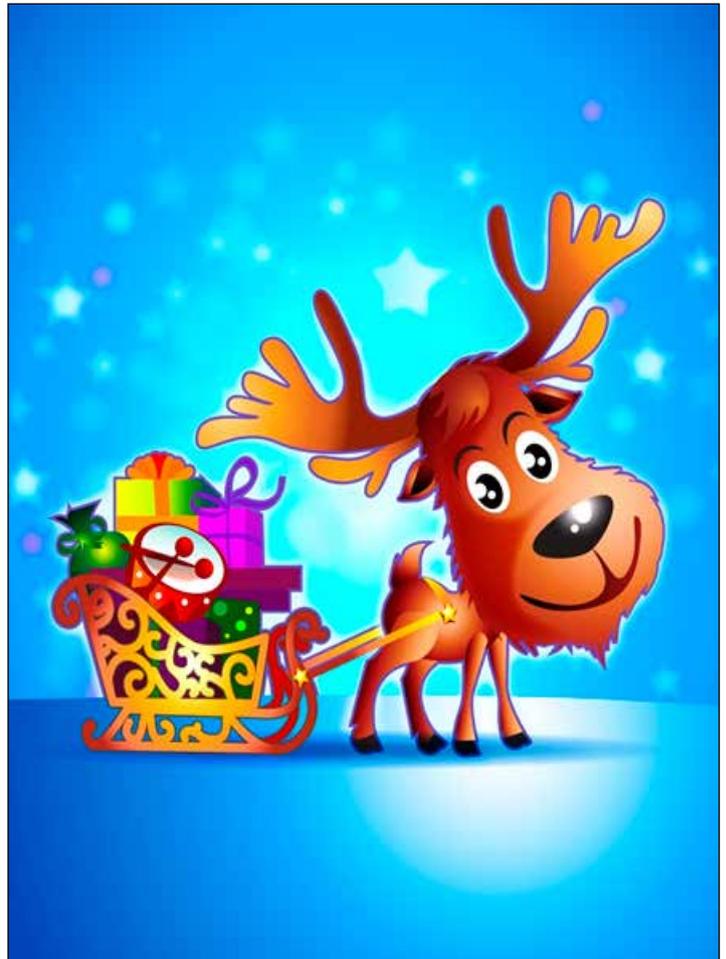
Der Termin der Kreisvorstandssitzung im Januar und weitere Termine sind noch festzulegen.



Wie das Aktionsbündnis „Gemeinschaftsschule in Sachsen - länger gemeinsam lernen“ am 27. November mitteilte, wurden bis zu diesem Tag mit den Unterschriftenlisten 21.180 Unterschriften gesammelt und in den Städten und Gemeinden bestätigt. Damit sei die Hälfte der für den Volksantrag benötigten 40.000 Unterschriften erreicht. Das ist die Latte, die übersprungen werden muss, damit sich der Sächsische Landtag mit dem vom Bündnis vorgelegten Gesetzesentwurf befassen muss.

Seitens des Landesverbandes der LINKEN wurden bis Ende November 6.679 bestätigte Unterschriften an das Aktionsbündnis übergeben. Durch relativ lange Bearbeitungszeiten in den Einwohnermeldeämtern gibt es eine erhebliche Zahl bereits gesammelter, aber noch nicht bestätigter Unterschriften. So sind in den abgerechneten Unterschriftenlisten noch keine aus unserem Kreisverband enthalten, obwohl u.a. aus Brand-Erbisdorf, Döbeln, Flöha, Freiberg, Lichtenberg, Lunzenau, Mulda, Oederan, Rochlitz und Weißenborg Unterschriftenlisten bei den Einwohnermeldeämtern eingereicht wurden.

Bündniskoordinator Burkhard Naumann: „Wir danken den vielen helfenden Menschen, die in den letzten acht Wochen in ihren Freundes- und Bekanntenkreisen und an öffentlichen Orten kräftig Unterschriften gesammelt haben. Jetzt heißt es in der Adventszeit noch einmal Schwung zu holen. Wir merken, dass der Rücklauf und die Bestätigung einige Zeit in Anspruch nehmen. Jede ausgefüllte Unterschriftenliste muss durch das entsprechende Einwohnermeldeamt bestätigt werden. Wir bitten Sie daher, Ihre Unterschrift bis zum 21. Dezember 2018 abzugeben. Wer noch Unterschriftenlisten beherbergt, bringt diese bitte ebenfalls bis zu diesem Datum zu einem Unterschriftenbüro. ... Da noch leere Listen auf ihre Unterzeichner warten, rufen wir am Freitag, dem 21. Dezember, zum zweiten dezentralen Aktionstag auf. Alle Aktiven, die sich bei dem Volksantrag einbringen möchten, können an diesem Tag bei sich vor Ort Stände organisieren oder von Tür zu Tür Unterschriften sammeln. Außerdem bitten wir darum, spätestens da volle Listen an den Ständen abzugeben. Alle Aktionen werden über unsere Website gesammelt. Es gilt vor den Weihnachtsferien noch einmal kräftig zu sammeln, Bögen prüfen zu lassen und einzusenden.“



Unser Redaktionskollektiv wünscht allen unseren Leserinnen und Lesern ruhige und besinnliche Weihnachtsfeiertage und ein glückliches und gesundes Jahr 2019.

Wir wollen auch im kommenden Jahr als linke Zeitung für Mittelsachsen am Puls unserer politisch bewegten Zeit bleiben. Das Jahr 2019 wird sehr anspruchsvoll. Unser Kreisverband hat Europa-, Landtags-, und vor allem Kommunalwahlen in den mittelsächsischen Städten und Gemeinden zu organisieren. Deshalb werden wir die Wahlen in den Mittelpunkt unserer journalistischen Arbeit im kommenden Jahr stellen. Wir würden uns freuen, wenn sich viele unserer Leserinnen und Leser politisch engagieren und wir darüber berichten könnten.

Am 27. November 2018 war **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** als Vorsitzende des Kreisverbandes der mittelsächsischen LINKEN gemeinsam mit der Jugendpolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, **JANINA PFAU** und unserer Landesvorsitzenden, **ANTJE FEIKS** (MdL) zu Gast im Jugendhaus Roßwein und im Alternativen Jugendzentrum (AJZ) Leisnig. Bei sehr intensiven Gesprächen mit Akteur*Innen und Jugendlichen aus der Region haben sie sich ein Bild über die Situation der verschiedenen Jugendeinrichtungen gemacht. Dabei waren auch Vertreter*Innen der „Bronx“ aus Hartha und des Jugendklubs in Kriebthal, welche beide in den vergangenen Jahren geschlossen wurden.

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unseren teuren Verstorbenen

EHRENFRIED DIETEL Döbeln

Wir werden ihm stets unser ehrendes Andenken bewahren.